

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 23 (1943-1944)
Heft: 3

Artikel: Erinnerungen an die Kämpfe für die Einführung des proportionalen Wahlverfahrens
Autor: Studer, Fritz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-334944>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kommunisten und Bauern- und Bürgerparteien bilden hier die eigentlichen Gegenpole. Mehr als die Hälfte der kommunistischen Wähler entstammte Städten über 100 000 Einwohner; neun Zehntel der bäuerlichen und gewerblichen Wähler wohnen in Landgemeinden. Mehr als vier Fünftel aller katholischkonservativen Stimmen entfallen auf jene ländlichen Gebiete, in denen das kleinbäuerliche Element überwiegt. Eine Mittelstufe hält die Freisinnige Partei inne.

Die sozialdemokratischen Wählermassen verteilen sich fast zu gleichen Teilen auf Stadt und Land. Die Ursachen hierfür liegen in der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes. Aus Gründen ihrer Entstehung folgte die schweizerische Industrie den Flußläufen und ist damit weitgehend dezentralisiert. Sobald eine Gegend aber einmal industrialisiert ist, folgt ihr mit den Umwälzungen in den Bedingungen des materiellen Daseins, die sozialistische Arbeiterbewegung, und unter ihrer Führung bricht in den arbeitenden Massen das Klassenbewußtsein durch.

So finden die ökonomischen und sozialen Wandlungen in langsamem unaufhaltsamem Werden ihre Widerspiegelung in der politischen Willensbildung des Volkes.

Erinnerungen an die Kämpfe für die Einführung des proportionalen Wahlverfahrens

Von Dr. Fritz Studer

Am 31. Oktober hat das Schweizervolk zum achten Male seine Vertretung im Nationalrat nach dem «Proporz» bestellt. Der heutigen Generation scheint diese auch in weitaus den meisten Kantonen nun gültige Wahlart eine ganz selbstverständliche staatliche Einrichtung zu sein; nur die älteren Politiker erinnern sich an die jahrelangen ungemein lebhaften Kämpfe, welche die Anhänger eines gerechteren Wahlverfahrens, das auch den Minderheiten die ihr zukommende Vertretung in den gesetzgebenden Behörden garantiert, zu führen hatten. Es kostete jahrzehntelange intensive Arbeit, bis endlich das Schweizervolk die Bemühungen belohnte. Man findet zwar auch heute noch in gewissen Zukunftsprogrammen und politischen Erörterungen über eine baldige Verfassungsrevision Wünsche oder Forderungen auf Beseitigung des «Proporzes» und Rückkehr zum «Majorz»-System. Da mag es nicht abwegig sein, die Erinnerungen an die großen Auseinandersetzungen zur Zeit der Jahrhundertwende, zwischen den Anhängern des damals geltenden eidgenössischen Gesetzes und den Freunden einer proportionalen Bestellung des Nationalrates, wieder aufzufrischen. So will ich dem an mich gerichteten Wunsche der Redaktion entsprechen und versuchen, einige Episoden aus den schweren Kämpfen von damals herauszugreifen, die auch für die heutigen jungen Politiker ein lebendiges Interesse haben mögen. Ich war schon im Kampfe um die «Doppelinitiative» aktiv dabei, und vom November

1908 bis zum 13. Oktober 1918 war mir die Aufgabe übertragen worden, die Aktion für den Nationalratsproporz zu leiten. Ein sehr reichhaltiges und interessantes Aktenmaterial darüber liegt bei mir, aus dem ich einiges erzählen will.

Sollte wirklich in den kommenden Jahren, die uns sicherlich eine Revision unserer Bundesverfassung bringen werden, der Gedanke ernsthafte Gestalt annehmen, den Grundsatz des «Proporzes» für das Wahlverfahren des Nationalrates wieder aufzugeben, so werden die folgenden Ausführungen vielleicht Veranlassung geben, die gründlichen und tief-schürfenden Debatten im Kampfe für die Einführung dieses Grundsatzes in unsere Verfassung wieder zu Rate zu ziehen. Es besteht aber meines Erachtens kaum eine Gefahr dafür, daß von der Mehrheit des Schweizer-volkes die Beseitigung des «Proporzes» beschlossen werden könnte. Denn die wenigsten der Befürchtungen, die damals an die Einführung des «Proporzes» von dessen Gegnern gehegt wurden, sind eingetroffen und bei unsern heutigen politischen, wirtschaftlichen und parteilichen Verhältnissen wären die Folgen für unser staatliches Leben zu ernst, wenn man wieder zum «Majorz» zurückkehren wollte. Es soll aber nicht geleugnet werden, daß manches auch unter dem «Proporz»-System in unserm Parlament sich ereignet hat, das — von unserm Standpunkt aus gesehen — nicht zu billigen ist, und daß diese oder jene Hoffnung, die man an das gerechtere Wahlverfahren knüpfte, noch nicht in Erfüllung gegangen ist. Doch darüber Untersuchungen anzustellen, ist nicht meine heutige Aufgabe. Ich muß mich auf die Wiedergabe einiger geschichtlicher Reminiszenzen beschränken.

Die hervorragendsten Männer, die an der Spitze der Bewegung für die Doppelinitiative (Bundesratswahl durch das Volk und Proporzionalwahl des Nationalrats) standen, sind wohl der Demokrat Theodor Curti, der Grütlianer Wullschleger, die Katholiken Hochstraßer, Keel und Baumberger, die Liberalen Speiser und Secretan und der Führer der bernischen Volkspartei, Ulrich Dürrenmatt. Die Unterschriftensammlung ergab 64 685 Unterzeichner. In der Volksabstimmung vom 4. November 1900 sprachen sich 169 008 Stimmen und 10½ Kantone für, 244 666 Stimmen und 11½ Kantone gegen die Proportionalwahl des Nationalrates aus. Der Abstimmung ging ein leidenschaftlicher Kampf voraus. Das wesentlichste Ereignis, das er auslöste, war wohl die endgültige Trennung der bürgerlichen Demokraten vom alten Grütliverein und der noch jungen Sozialdemokratischen Partei. Sie erfolgte für den Kanton Zürich an der berühmt gewordenen Volksversammlung vom 29. Januar 1899 in Uster, wo Louis Forrer gegen die Volkswahl des Bundesrates und Rudolf Geilinger gegen den «Proporz» für die Nationalratswahlen referierte. Freunde und Gegner der Initiative gerieten außerordentlich heftig aneinander. Der Grütliverein von Uster war eingeladen worden, die Versammlung durch ein Lied zu eröffnen — den «Nur»-Grütlianern und gar den ausgesprochenen Sozialdemokraten entzog man aber an dieser öffentlichen Versammlung das Wort; sie konnten sich nur nach heftigen Auseinandersetzungen schließlich doch noch vernehmen lassen. Hervorragende Demokraten traten in der Folge aus dem Grütliverein aus, und die Genossen,

die noch Mitglieder demokratischer Vereine waren, verließen diese. Seitdem war es nicht mehr möglich, daß jemand verschiedenen politischen Parteien angehören konnte.

Auf eidgenössischem Boden ruhte vorläufig für einige Jahre die Frage des «Proporz». Hingegen hatten sich schon vor und nach der Abstimmung über die «Doppelinitiative» mehrere Kantone zu diesem Grundsatz bekannt. Die Machtverhältnisse unter dem Mehrheitswahlverfahren hatten im Kanton Tessin zu Beginn der neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts zur blutigen Revolution geführt. Kein Geringerer als Bundesrat Louis Ruchonnet hat dem Kanton Tessin als rettenden Erlöser den «Proporz» zur Einführung vorgeschlagen. So wurde Tessin der erste Proporzkanton und fand hernach Ruhe und Ordnung in seinem politischen Leben. Es folgten dann Neuenburg, Genf, Zug, Solothurn, Freiburg, Schwyz, Luzern und Baselstadt. In andern Kantonen scheiterten dahinzielende Versuche.

Bei der Bestellung des Nationalrates bildete die jeweilen nach einer Volkszählung vorzunehmende Neueinteilung der Wahlkreise viel Kopferbrechen. Es kann im Ernste nicht bestritten werden, daß dabei die Interessen der herrschenden Freisinnigen Partei in einer Art und Weise gewahrt worden sind, die je länger, je mehr Anstoß erregen mußte und zu den heftigsten Debatten in den Ratsälen führte. Der Ausgang der jeweiligen Wahlen wurde immer unbefriedigender.

Am 14. November 1908 erhielt eine größere Zahl bekannter Proporzfreunde folgendes Schreiben:

«Sehr geehrter Herr! Die Nationalratswahlen vom 25. Oktober haben so ziemlich allgemein das Bewußtsein geweckt, daß das bisherige Wahlverfahren sich überlebt hat und daß der Zeitpunkt für Einführung der Verhältniswahl für die Wahlen in den Nationalrat gekommen ist. Es wäre aber im hohen Interesse der Sache gelegen, wenn eine bezügliche Bewegung nicht den Charakter einer einseitig parteipolitischen Aktion annehmen würde, sondern denjenigen gemeinsamen Vorgehens der Freunde der Verhältniswahl aller Parteilager erhielte. Zu diesem Zwecke erlauben sich die Unterzeichneten, eine Versammlung der Proporzfreunde aller Parteien auf Samstag, den 21. November, 14 Uhr, ins Café «Du Nord» (oberer Saal), beim Bahnhof in Zürich einzuberufen, und laden Sie zum Besuche derselben hiermit dringend ein, damit die Angelegenheit von Anfang an auf eine richtige Grundlage gestellt wird. Hochachtungsvoll: J. Scherrer-Füllemann, Nationalrat, St. Gallen; Dr. Studer, Nationalrat, Winterthur; G. Baumberger, Redakteur, Zürich; Dr. Seiler, Professor, Zürich; Dr. E. Klöti, Stadtrat, Zürich.»

Und nun begann für das Ziel, ein gerechteres Wahlverfahren für den Nationalrat zu erhalten, eine Arbeit, die erst nach zehn Jahren ihren Abschluß und ihre Krönung finden sollte, die eine große Hingabe, eine tägliche Bereitschaft erforderte und reich an interessanten Ereignissen und Zwischenfällen war, ein Kampf der Geister hüben und drüben, der mit Leidenschaft geführt wurde. Im Rahmen dieses Aufsatzes kann nur wenig herausgegriffen werden, das aber nur eine bloße Ahnung vom Geschehenen zu vermitteln vermag.

Die Versammlung vom 21. November 1908 war von 43 Proporzfreunden aller Parteien, auch der Freisinnigen Partei, besucht (die Präsenzliste ist bei meinen Akten). Nationalratspräsident Speiser präsierte sie. Einige

Bedenken hinsichtlich der Opportunität, eine eidgenössische Proporzbewegung jetzt auszulösen, wurden vorgebracht. Trotzdem beschloß die Versammlung die sofortige Anhandnahme einer Volksinitiative und die Einberufung einer allgemeinen großen Demonstrationsversammlung der Schweizer Proporzfreunde, welcher die Wahl eines Zentralkomitees und die endgültige Formulierung der Initiative überlassen werden sollte.

Aber nun setzte schon anderntags, im Geheimen vorerst, hinter den Kulissen, die Gegenaktion der Feinde des Proporzes ein und es gelang ihr, eine Reihe grundsätzlicher Parteifreunde kopfscheu zu machen. Man wog die Chancen für die Initiative ab, prophezeite einen großen Mißerfolg, die Luzerner Sozialisten wollten nichts von ihr wissen und die Einführung des Proporzes in ihrem Kanton abwarten, katholisch-konservative Führer hielten sich vorsichtig zurück. Rasch wurde von unserer Seite eine Konferenz der Vertreter der Presse auf 17. Dezember 1908 nach Bern einberufen (die vorliegende Präsenzliste weist 21 Teilnehmer auf), um die Sachlage zu besprechen. Am 26. Dezember erhielt ich vom führenden konservativen Politiker Luzerns einen vierseitigen pessimistisch gehaltenen Brief, in welchem er ablehnt, ins Zentralkomitee berufen zu werden. Die ganze welsche Schweiz, mit Ausnahme der Sozialisten, sei gegenwärtig proporzgegenehmigt. Die katholischkonservative Fraktion sei gegen die Anhandnahme der Initiative im jetzigen Moment, die Luzerner Sozialisten seien gleicher Meinung. Das Resultat werde sicherlich schlechter sein als bei der letzten Abstimmung. Am gleichen Tage, an dem ich diesen Brief erhielt, schrieb ich an Dr. Speiser unter anderem folgendes:

«Das provisorische Initiativkomitee hat die Situation und die Opportunitätsfrage nochmals einläßlich beraten. Wir nahmen mit Bedauern Kenntnis, daß in den beiden parlamentarischen Fraktionen der Liberaldemokratischen und Katholischkonservativen Partei nicht die Begeisterung zum Ausdruck kam, wie bei den Vertretern dieser Parteien an der Versammlung vom 21. November in Zürich. Es hat befremdet, daß man nicht dazu kam, der Initiative tatkräftige Unterstützung zuzusagen. Wir nahmen auch Kenntnis davon, daß anscheinend die Stimmung unter den Welschen nicht günstig sei. Trotz alledem hat das provisorische Komitee beschlossen, die Initiative ohne Zögern durchzuführen und in diesem Sinne der Volksversammlung vom 10. Januar nächsthin in Zürich Antrag zu stellen. Wir glauben, ein Fallenlassen der Initiative oder auch nur eine Verschiebung würde der Sache viel mehr schaden, als die jetzige Durchführung der Bewegung. Wir glauben bestimmt annehmen zu dürfen, daß, wenn auch jetzt bei Beantwortung der Opportunitätsfrage die Katholischkonservative Partei und das Zentrum zurückhaltend sind und nicht gerne der Bewegung «zu Gevatter stehen» wollen, sie doch später, wenn diese Frage ausgeschaltet ist und es sich nur noch um die prinzipielle Frage handelt, mit aller Energie sich auf seiten des Proporzes stellen und mit-helfen werden, ein günstiges Resultat herbeizuführen. Das Komitee möchte Ihnen den Wunsch unterbreiten, Sie möchten am 10. Januar die Tonhalleversammlung in Zürich präsidieren. Es würde damit der Einwand von vornherein unmöglich, als sei die Aktion nur noch von Demokraten und Sozialdemokraten unternommen und getragen.

Umgehend antwortete mir Speiser, daß es ihm nicht möglich sei, an der Versammlung vom 10. Januar 1909 zu erscheinen. Er sei überrascht von der plötzlichen Abflauung der Stimmung für die Initiative nach der Begeisterung der Versammlung vom 21. November. Er möchte aber nicht den Schein erwecken, als ob seine Partei die Initiative mitmachen wollte, was offenbar nicht der Fall sei. Es scheine auch bei den St. Galler Katholiken die Ansicht Oberhand bekommen zu haben, es müßten vor dem eidgenössischen Proporz noch einige große Kantone mit dem neuen Wahlverfahren vorangegangen sein.

Namens des Comité central de l'Union libérale romande teilte dessen Präsident, Nationalrat de Meuron, ebenfalls mit, daß ihrerseits eine Beteiligung an der genannten Versammlung nicht erfolgen werde und begründete diese Stellungnahme in längerem Schreiben. Auch er prohezeit einen großen Mißerfolg: *„Il n'est même pas à prévoir que nous obtiendrions le même nombre de voix qu'en 1900.“*

Und am Silvestertag 1908 erhielt ich gar vom Präsidenten unseres provisorischen Komitees, Scherrer-Füllemann, folgenden Brief:

«Freund Studer! Die Aktien für die Nationalratsproporzinitiative sinken beharrlich. Bis heute morgen sind mir schon über 50 Ablehnungen für das große Zentralkomitee zugegangen, und zwar von Männern, die dem Proporz am lautesten gerufen haben, wie Ständerat von Reding und Winiger, Nationalrat Speiser und Motta. Von den Radikalen lehnen natürlich alle ab, ebenso das Zentrum und fast alle Konservativen, sogar Pestalozzi-Pfyffer. Auch Deine Genossen Albisser und Wulschleger wollen nicht in dem Ding sein. Es wäre doch besser gewesen, man hätte meinem Rate gefolgt und hätte die Tonhalleversammlung verschoben.»

Es brauchte wirklich diesen Tatsachen gegenüber den großen Optimismus von Baumberger, Klöti und mir, und unser hartnäckiges Festhalten an der Einberufung der beschlossenen Versammlung, und der angestrengtesten Arbeit und Ausnützung der wenigen Tage, die uns noch blieben, um einen einigermaßen befriedigenden Verlauf der Versammlung zu sichern. Ermutigend war da ein Brief von Fr. Bopp, Redakteur in Bülach, den ich am 8. Januar 1909 erhielt und den als ein wertvolles Zeitdokument heute bekanntzugeben ich nicht unterlassen kann. Nachdem Bopp wegen Todesfalls sein Nichterscheinen an der Versammlung sehr bedauert und sich entschuldigt, fährt er fort: «Mit der Initiative erkläre ich mich einverstanden, trotzdem ich eine Niederlage in der Volksabstimmung befürchte. Schon die Unterschriftensammlung wird zweifellos durch das Apostatenmanöver der rechtsstehenden Herren beeinflußt. Allein die persönlich vielfach so angenehme Kompromißpolitik der Führer einer ‚Ihrer Majestät getreuesten Opposition‘ ist allgemein so im Wachsen begriffen und greift in den Kreisen ‚strebsamer‘ Politiker so seuchenartig um sich, daß die Gefahr eines ähnlichen Umfalls wie heute und die Furcht vor fester Stellungnahme später jederzeit eher größer als kleiner sein würde. Der Proporz sollte den Charakter in der Politik wieder stärken, indem er nicht alles, was politischen Besitz bedeutet, nur von der Gnade der Mehrheit erbetteln heißt. Jetzt auf ihn verzichten, heißt das meines

Erachtens für immer tun. Und ich meine überhaupt, der Gedanke der Gerechtigkeit sei etwas zu Großes, als daß seine Vertretung und Ausführung einer kleinlichen Opportunität unterworfen werden dürfte. Ernten wir heute noch nicht, so ackern und säen wir für morgen. Über die Saat, die der Bauer streut, geht der Winter hin, und unsere Hoffnung gehört immer erst dem kommenden Lenze an. — Das ist meine Stellungnahme als Bürger. Soll ich sie auch noch speziell als Bauer begründen? Ich weiß, daß ich da unter unsern Bauernpolitikern als Proporzfreund die Stelle des weißen Raben spiele. Und doch scheint es mir so einfach und natürlich, daß das politisch größte Interesse am Proporz als Minderheitsvertretung einem Stande zusteht, in dem die Zahl der Angehörigen absolut und relativ stetig in beunruhigendem Maße zurückgeht und der nur um den Preis seiner politischen Selbständigkeit sich vom Staate eine gewisse Berücksichtigung seiner wirtschaftlichen Bedürfnisse zu erringen vermochte. Entspricht eine ausschließliche Vertretung von Klasseninteressen durchaus nicht meinem politischen Glaubensbekenntnis, so noch viel weniger — trotz momentaner materieller Vorteile — die Politik des Antichambrierens und der Verdingung an eine herrschende Partei, von der die Berücksichtigung unseres Standes zurzeit einzig und völlig abhängig ist. Unter sich und miteinander reden wird man auch unter der Herrschaft des Proporzes tun und müssen, nicht aber sich verleugnen und nicht das Kind im Mutterleib verwerfen, wie es Führer unserer Rechtsparteien soeben mit dem Gedanken des Proporzes, der zu ihrem natürlichsten politischen Inventar gehört, getan haben. Ich ermächtige Sie, von dieser Erklärung an der Versammlung oder sonstwie beliebigen Gebrauch zu machen und wünsche der gemeinsamen Sache einen ganzen Erfolg.»

Der Versammlung vom 10. Januar 1909 in der Tonhalle war ein voller Erfolg beschieden; sie gestaltete sich zu einer imposanten Volkstagung. Sie beschloß einmütig und mit Begeisterung die sofortige Anhandnahme der Initiative und wählte ein Zentralkomitee von etwa 250 Mitgliedern. Dieses versammelte sich zur ersten Sitzung schon am 30. Januar 1909. Darüber berichteten die «Neuen Zürcher Nachrichten»: «Das war nicht mehr eine Komiteesitzung im landläufigen Sinne, sondern eine Versammlung von nahezu hundert Komittierten aus Angehörigen aller schweizerischen Parteien und aus den verschiedensten Kantonen. Sogar der Berner Jura hatte eine Vertretung entsendet. Einige zwanzig Herren hatten ihre Abwesenheit entschuldigt mit der Versicherung der ferneren Mitwirkung aus allen Kräften. Nationalrat Scherrer-Füllemann eröffnete die Versammlung mit einem markigen Begrüßungsworte an alle Anwesenden, besonders auch an die Angehörigen der Schweizerischen Freisinnig-Demokratischen Partei. Er drückt seine Genugtuung aus über den überaus zahlreichen Besuch, der zeige, daß das Zentralkomitee trotz der zehn oder zwanzig Ablehnungen nach dem 10. Januar gedeihe. Die Gegner hätten sich schon mit den Geburtswehen des Zentralkomitees beschäftigt, um so weniger dafür mit der Sache, im Gegensatz zum demokratischen Prinzip, der Sache gegenüber der Person den Vortritt zu lassen.»

Dieser Umschwung und dies Besserung in der Situation war das Resultat intensivster Bemühungen und Aufklärung in den wenigen Wochen, die

zur Verfügung stunden und die Belohnung für das treue Festhalten und das Vertrauen auf den Erfolg.

Das gewählte Aktionskomitee von elf Mitgliedern mit Winterthur als Zentralstelle ging nun sofort an die weitere große und vielseitige Arbeit, die seiner harrte.

Schon am 8. Februar konnten die Unterschriftenbogen in Zirkulation gesetzt werden; Brüstlein hatte die französische, Motta die italienische Übersetzung verfaßt, auch in romanischer Sprache wurden Bogen ausgegeben. Sodann galt die nächste und dringendste Sorge der Bestellung der kantonalen Aktionskomitees und dem engen Kontakt mit ihnen. Der Vertreter der Zentralstelle besuchte sie sämtlich an ihrem Sitze. Aufmunternde Schreiben wurden in großer Zahl abgesendet. Geraume Zeit vor Ablauf der Frist gingen 142 263 gültige Unterschriften ein und wurden von mir nach den Gemeinden genau registriert. Das Resultat war ein überraschend glänzendes. Die Zeit bis zur Behandlung der Initiative in den Räten wurde benützt zur Ausarbeitung einer Reihe von aufklärenden Broschüren, gegen ein Dutzend, welche das ganze Problem in allen einzelnen zur Diskussion gestellten Fragen behandelten. Darunter befand sich eine, die Auszüge aus Reden zahlreicher bekannter Staatsmänner aller Parteien enthielt.

Am 25. Februar erschien die Botschaft des Bundesrates, die eine sehr einseitige scharfe Polemik gegen den Proporz bedeutete und zur Ablehnung der Initiative gelangte. Nach fünftägiger Debatte hatte der Nationalrat im April 1910 mit 100 gegen 45 Stimmen die Initiative abgelehnt. Die Reden von Speiser, Motta, Scherrer-Füllemann, Landammann Muheim und Ador ragten aus der großen Zahl besonders hervor. In der Junisession lehnte der Ständerat mit 26 gegen 10 Stimmen die Initiative ab. Das stenographische Bulletin wurde vom Aktionskomitee als Agitationsmaterial für die Abstimmung an Interessenten abgegeben. Es wurden ferner für die gegen 200 aufgegebenen Referenten Tabellen verfertigt, eine Proporzmarke und eine Proporzpostkarte für den Massenbetrieb hergestellt. Diese letztere war ein ganz besonderer «Schlager». Der Künstler Annen hatte sie entworfen. Sie stellte auf der linken Seite am Tische sitzend einen wohlbeleibten Mann mit Zylinder auf dem Kopf dar, wie er eine Wurst verzehrt und ängstlich den Teller mit weiteren Würsten schützend festhält. Unten am Tische stehen vier kleine Männer, die einen «roten» Arbeiter, einen Bauern, einen Handwerker und einen Angehörigen der freien Berufe darstellen und die verlangend zu dem Manne am Tische hinaufblicken. Im Hintergrunde steht klagend Helvetia. Rechts finden wir alle fünf Männer zusammen friedlich am Tische sitzend, wo Helvetia die Würste an alle gerecht verteilt. «Majorz» und «Proporz» lauten die Überschriften. Auf dem Bilde «Majorz» ist ins Tischtuch ein Storch eingestickt (Storchenklub!).

Ein weiteres sehr beehrtes Agitationsstück bildete die vom Aktionskomitee herausgegebene Sammlung der Proporzlieder von Ulrich Dürrenmatt: «Dichtersang und Schwerterklang». Leider läßt es der Raum nicht zu, hier das eine oder andere der köstlich gelungenen Gedichte abzu-
drucken.

Im Laufe des Juni wurden an vier Orten, St. Gallen, Bern, Luzern und Lausanne, alle kantonalen Aktionskomitees zu Konferenzen besammelt. Es gelang auch, einen besondern Aufruf für die Bauern zu verteilen, den Fritz Bopp verfaßt hatte; die 33 Unterschriften weiterer Bauernführer bildeten einen Beweis dafür, wie große Aufklärungsarbeit seit Beginn der Bewegung geleistet worden war.

Der 23. Oktober 1910 war ein Freudentag für die Proporzfreunde. Wohl war die Initiative mit 265 194 Nein gegen 240 305 Ja verworfen worden, aber zwölf Kantone hatten sie bejaht und nur zehn Kantone verneint. Mehr als 70 000 Stimmen waren gegenüber dem 4. November 1900 gewonnen worden.

Sofort nach dieser Abstimmung unterbreiteten wir den Räten einen von Klöti ausgearbeiteten vollständigen Gesetzentwurf und stellten eine den Proporz betreffende Motion. Das Aktionskomitee beschloß, beieinander zu bleiben und hatte bereits die Auslösung einer neuen Bewegung im Auge. Schon am 3. Mai 1913 wurde diese in einer Versammlung in Olten beschlossen. Die Präsenzliste weist 66 Teilnehmer aus. Schon nach etwas mehr als zwei Monaten waren wieder 122 080 Unterschriften beieinander, das Resultat einer energischen Durchführung der Bewegung; die kantonalen Aktionskomitees waren alle noch rasch rekonstituiert worden. Die Botschaft vom 16. März 1914 stand auf bedeutend höherem Niveau als die frühere des Bundesrates. Nur passierte ihr das Mißgeschick, daß infolge unbegreiflich oberflächlicher und falscher Berechnungen des Eidgenössischen Statistischen Büros der Beweis dafür, daß keine erheblichen Verschiebungen in der Vertreterzahl der Parteien bei Einführung des Proporzes resultieren würden — ein Hauptargument in der Botschaft für die Ablehnung der Initiative —, gänzlich mißlang. Wieder gründliche Debatten in mehrtägigen Sitzungen im Nationalrat. Diesmal Ablehnung der Initiative mit 106 gegen 62 Stimmen. Infolge des Ausbruchs des Krieges beriet der Ständerat erst viel später. Noch einmal versuchten die Freisinnigen den Proporzsieg hinauszuzögern, indem sie die Aufstellung eines Gegenvorschlages in bezug auf die Bestimmung des Initiativvorschlages: ein Kanton — ein Wahlkreis versuchten. Wir widersetzten uns ihm. So wurde die Initiative zum letztenmal in den Räten abgelehnt, im Nationalrat mit 78 zu 71, im Ständerat mit 20 zu 18 Stimmen.

Am 13. Oktober 1918 fielen dann in der Volksabstimmung 297 149 Ja für den Proporz und gegen ihn 147 139 Nein. 19½ Stände hatten ihn angenommen, 2½ Stände ihn verworfen. 1919 fanden die ersten Wahlen des Nationalrates nach dem Proporz statt. Sie ergaben eine ganz bedeutende Verschiebung in der Vertreterzahl der Parteien.

Und die politischen Lehren aus dem zwanzigjährigen Kampfe um das gerechtere Wahlverfahren?

Es gibt Ideen, die so sehr auf Wahrheit und Gerechtigkeit beruhen und im allgemeinen Interesse liegen, daß sie sich immer und immer wieder melden, und so lange die Geister beschäftigen, bis sie den Sieg errungen haben. Solche Probleme können nur im positiven Sinne ihre Lösungen finden und werden sie finden, auch wenn das private oder öffentliche Machtinteresse sich lange gegen sie sträubt. Im Kampfe für solche Ideen

und Probleme heißt es: Nicht erlahmen, von keinem Lärm der Gegner sich imponieren lassen, anscheinend ungünstige Situationen und momentane Niederlagen nicht zu tragisch nehmen, in keine halben Lösungen und schwächliche Kompromisse eintreten, keine charakterlose Opportunitätspolitik treiben, treu am unverfälschten reinen Grundsatz festhalten, jederzeit Vertrauen zum Sieg der guten Sache haben. Und vor allem: Keine Mühen scheuen, aktiv für die Idee arbeiten, kämpfen.

Kriegswende und Kriegsende

Von Dr. Bruno Paul

Die Kriegswende setzte vor ungefähr Jahresfrist ein. Sie begann mit der Zurückeroberung Stalingrads, der Schlacht bei El Alamein und der Landung der großen amerikanischen und englischen Armee in Nordafrika. Die Kämpfe um Stalingrad, die nicht nur den Beweis für die erstaunliche Widerstandskraft, sondern auch für die wiedererlangte gewaltige Offensivkraft der verstärkten und reorganisierten russischen Armeen lieferten, waren für die Achsenmächte eine peinliche Ueberraschung. Denn bereits im Jahr zuvor, Ende 1941, hatte die deutsche Presse samt dem Radio dem deutschen Volke verkündet, daß die ganze russische Armee endgültig vernichtet sei. Timoschenko sei ein Marschall ohne Armee, und die Ostfront werde noch im kommenden Winter erledigt werden. Wenn das auch zum Teil bewußte Uebertreibung war, da Deutschlands Militärs die noch vorhandenen russischen Streitkräfte und ihre Reserven richtiger einzuschätzen vermochten, und wenn die Uebertreibungen der deutschen Erfolge und der russischen Verluste auch dem Zwecke dienten, den Siegesfuror der Achsen-Armeen und ihrer Angehörigen in der Heimat zu steigern, so ahnte man doch auch in der Tat nicht, welch ungeheure neue Armeen und welche Massen modernsten Kriegsgeräts Rußland binnen Jahresfrist den deutschen, ungarischen und rumänischen Truppen entgegenstellen werde.

Das verachtete und vielgeschmähte Sowjetrußland hatte in der Tat durch die Organisierung, Schulung und Ausrüstung neuer Millionen-Armeen nicht nur seine Feinde, sondern auch seine Alliierten in Erstaunen zu setzen vermocht. Es hatte Höchstleistungen der soldatischen Ausbildung und der Kriegsproduktion vollbracht, die bewiesen, mit welcher Hingebung und welch technischem Geschick seine männlichen und weiblichen Arbeitskräfte in Mittel- und Ostrußland, vornehmlich auch in den rapid emporgeschossenen Industriegebieten Sibiriens ihrer patriotischen Pflicht oblagen. War es doch Rußland möglich, nicht nur — nach dem Zeugnis deutscher Kriegsmeldungen der letzten Monate und Wochen — an Truppenzahl die Achsen-Armeen zu überflügeln, sondern auch an Fluggeschwadern, motorisierten und Panzer-Divisionen.

Die Folgen für die Achse offenbarten sich in der Vernichtungsschlacht westlich von Stalingrad und in den beständigen Rückzügen der deutschen und mit ihnen verbündeten Truppen erst über den Don, dann über den